

BASis Info 05/2018

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas



18.05.2018

Politik, die DU sagt - www.baerbelbas.de

Liebe Leserin, lieber Leser,

in meiner April-BASis Info hatte ich noch geschrieben, dass mich der WDR zur „Chefanklägerin“ bei den Täuschungsvorwürfen gegen NRW-Ministerin Schulze-Föcking ernannt hat. Diese Woche ist sie nach der außergewöhnlichen „Hacker-Affäre“ rund um den Bedienfehler bei ihrem Fernseher zurückgetreten. Das war längst überfällig, aber ich hätte mir zumindest einen Funken Einsicht, Demut oder Selbstreflektion gewünscht.

Selbstverständlich sollte sich auch keine Ministerin in unserem Land bedroht fühlen müssen - nicht online und nicht offline. Trotzdem bleiben viele Fragen zu den Hintergründen offen. Vor allem aber bleiben noch mehr Fragen zum Verhalten von Armin Laschet und seiner Landesregierung. Ende Mai will unsere NRWSPD-Fraktion zusammen mit den Grünen über einen „Untersuchungsausschuss Laschet“ beraten. Wenn er schon im Landtag nur Wortwolken hinterlässt, muss er eben dort Rede und Antwort stehen.

Die Arbeit unserer SPD-Bundestagsfraktion dagegen

kann man diesen Tagen schon fast als geräuschlos durchgeplant bezeichnen. Man könnte aber auch festhalten: Während einige Kabinettsmitglieder der CDU/CSU bisher nur durch Selbstdarstellung und Ankündigungen aufgefallen sind, haben sich unsere Minister*innen direkt an die Umsetzung des Koalitionsvertrages gemacht. Wir wollen die vereinbarten Verbesserungen für die Menschen so schnell und so sorgfältig wie möglich umsetzen.

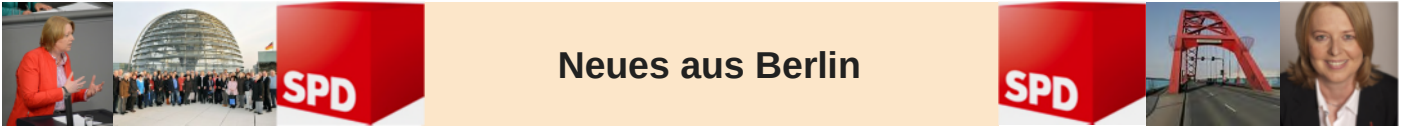
Hubertus Heil ist sofort das Gesetz zur Brückenteilzeit angegangen, um selbstbestimmtere Arbeitszeiten zu ermöglichen und insbesondere viele Frauen endlich aus der Teilzeitfalle zu holen. Kein Projekt ist im Koalitionsvertrag so detailliert beschrieben, jetzt muss es umgesetzt werden. Das Gleiche gilt für den Haushalt 2018. Olaf Scholz hat mit seinem ersten Bundeshaushalt bereits die Grundgesetzänderungen vorgelegt, damit der Bund die Länder und Kommunen bei Schulinfrastruktur, sozialem Wohnungsbau und ÖPNV besser unterstützen kann. Die Investitionen steigen auf 37 Milliarden. Auch in der mittelfristigen Finanzpla-

nung werden die richtigen Prioritäten gesetzt: Mehr Geld für Familien, Bildung, Soziales und Infrastruktur. Der von Olaf Scholz vorgelegte Haushalt ist im besten Sinne sozialdemokratisch: Er ist solide, gerecht und zukunftsorientiert. Zum Haushaltsplan 2018 des Bundesgesundheitsministeriums werde ich übrigens heute gegen 12 Uhr im Plenum sprechen - und ich verrate Ihnen schon jetzt, dass ich betonen werde, welche Projekte wir mit diesem Haushalt bereits durchfinanzieren. Sie können die Rede live mitverfolgen auf www.bundestag.de.

In den nächsten Wochen wird uns u.a. die Unterstützung von sog. Solo-Selbstständigen beschäftigen - also Filmmacher, Grafikdesigner oder Fotografen. Viele dieser Freiberufler können ihre viel zu hoch veranschlagten Krankenkassenbeiträge nicht bezahlen. Für die SPD ist aber klar: Der Sozialstaat ist für alle da. Meinen Debattenbeitrag können Sie im aktuellen "Blickwinkel" nachlesen: <https://www.ikkev.de>.

Herzliche Grüße

Bärbel Bas



Stichwort: Zugang für Beamte in die GKV

Am Mittwoch hat die Hamburgische Bürgerschaft das „Gesetz über die Einführung einer pauschalen Beihilfe zur Flexibilisierung der Krankheitsvorsorge“ beschlossen. Das klingt erst einmal nach trockener Materie, aber in diesem Gesetz steckt viel Musik - vor allem auch mit Blick auf eine solidarische Bürgerversicherung für alle.

In Deutschland sind rund 85 Prozent der berufstätigen und pensionierten Beamt*innen privat krankenversichert. Im Krankheitsfall werden bei ihnen die Kosten durch die Versicherung und über die sogenannte Beihilfe vom Dienstherrn übernommen. Eine freiwillige gesetzliche Krankenversicherung muss dagegen von Beamt*innen in vollem Umfang selbst getragen werden. Damit werden Beamt*innen und Pensionär*innen de facto aus der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ausgeschlossen und in ein privates Versicherungssystem (PKV) gedrängt.

Diese Regelung ist nicht vernünftig und nicht gerecht. Sie benachteiligt insbesondere Kinderreiche, Teilzeitbeschäftigte, chronisch Kranke oder Beamt*innen mit Behinderung. Spätestens im Rentenalter wird vielen Menschen die PKV dann zu teuer. In meinen Bürgersprechstunden erzählen mir immer wieder Pensionär*innen, dass sie sich ihre PKV-Versicherung jetzt im Alter einfach nicht

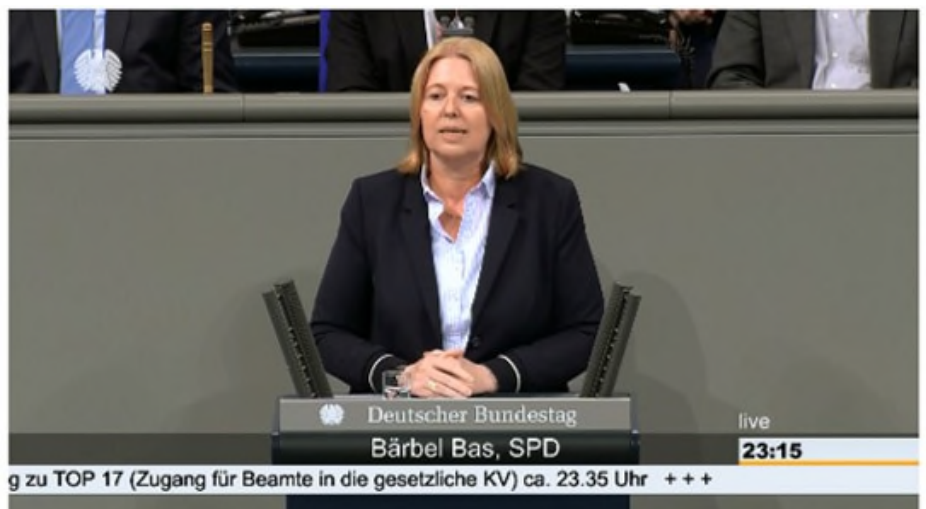
mehr leisten konnten. Sie akzeptieren dann eine höhere Selbstbeteiligung an den Behandlungskosten oder wechseln in den so genannten Basis-Tarif der PKV. Viele dieser Pensionär*innen versichern mir, dass sie sich gerne in der GKV versichert hätten, wenn sie am Anfang ihrer Beamtenlaufbahn die Möglichkeit dazu gehabt hätten.

Von den hohen Kosten für die Beihilfe profitieren gar nicht so sehr die Versicherten, sondern in erster Linie die privaten Krankenversicherungen und die Ärzte. Und auch für den Staat – und damit uns alle – ist das ganz schön teuer: Die Bertelsmann-Stiftung hat berechnet, dass die Einbeziehung der Beamt*innen in die GKV Bund und Länder bis 2030 um insgesamt 60 Milliarden Euro entlasten würde.

Ich habe bei meiner Rede im Bundestag dafür plädiert, dass wir uns das sehr genau anse-

hen, wie sich die Regelungen in der Praxis bewähren und in welcher Form sie sich auch bundesweit übertragen lassen. Wichtig ist, dass wir diese Wahlfreiheit schrittweise einführen. In Hamburg soll sie zunächst am Beginn der Laufbahn gewährt werden. Für langjährige Beamt*innen ist ein Wechsel aufgrund des Krankenversicherungsrechts nicht möglich - aus gutem Grund. In der Solidargemeinschaft der GKV unterstützen die gesunden Mitglieder die Kranken, im Versicherungssystem der PKV werden in „gesunden Zeiten“ Rücklagen gebildet. Beides funktioniert nur bei einer langfristigen Mitgliedschaft.

Die Entscheidung aus Hamburg ist jedenfalls richtungsweisend. Sie stärkt die individuelle Wahlfreiheit zwischen den beiden Krankenversicherungssystemen und trägt zu mehr Gerechtigkeit für Beamt*innen bei.



Im Deutschen Bundestag stand das Thema „Beamtinnen und Beamten den Weg in die gesetzliche Krankenversicherung erleichtern“ am 26. April um 23:15 Uhr auf der Tagesordnung.

Tag der Pflege in Großenbaum

Zum „Tag der Pflege“ war ich in der Großenbaumer Altenwohnanlage der Theodor Fliedner Stiftung zu Besuch. Beim lockeren Frühstück habe ich mit den Mitarbeiter*innen über das Image der Branche, die generalistische Ausbildung und den gestiegenen Bedarf an Tagespflegeplätzen gesprochen.

Im Anschluss habe ich mich im Rahmen der Kampagne „Ohne UNS läuft NIX“ bei einem Rundgang bei jeder Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter mit Blumen und Energieriegeln bedankt.



Wertschätzung ist wichtig. Als Gesundheitspolitikerin bin ich überzeugt von dieser Kampagne. Die würdevolle

Pflege ist eine Pflicht für unsere Gesellschaft und Pflege ist einer unserer aktuellen Schwerpunkte.



Der MSV hat am letzten Spieltag der Saison auch an mich gedacht. Und ich möchte an dieser Stelle auch dem MSV gratulieren: Der 7. Platz für die Männermannschaft ist ein beeindruckender Erfolg - und das Zusehen hat bei vielen Heimspielen richtig Spaß gemacht. Schon jetzt möchte ich aber auch den MSV-Frauen meinen großen Respekt aussprechen. Nach unglücklichen 0 Punkten in der Hinrunde folgte eine bärenstarke Rückrunde mit schon jetzt 15 Punkten.



Ein Jahr in die USA mit einem Vollstipendium? Die Bewerbungsphase für das 36. Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) 2019/2020 läuft, ich übernehme gerne wieder die Patenschaft und freue mich auf viele Bewerbungen aus meinem Wahlkreis. Bewerbungsschluss: 14. September. Alle Infos und Bewerbungsunterlagen gibt es in meinem Wahlkreisbüro, auf www.baerbelbas.de oder www.bundestag.de/ppp.

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++19.05.: Übergabe von Fair-Trade-Fußbällen an die Wanheim 1900-Jugend+++

+++23.05.: Klausur des GfV

der SPD-Bundestagsfraktion Fraktion in Berlin+++

+++24.05.: SPD-Sportforum im Café Museum+++

+++28.05.: Königs & Prinzenschießen in Buchholz+++

Weitere aktuelle Termine:
+++www.baerbelbas.de.+++



Am Tag gegen Homo-, Bi und Trans*-Feindlichkeit habe ich betont, dass wir gemeinsamen kämpfen: Für Respekt, Toleranz und #AkzeptANZ. Und zum Schutz vor jeglicher Gewalt.



Danke an alle engagierten Kita-Fachkräfte und Tageseltern. Für meine SPD und mich ist aber auch klar: Wir brauchen endlich eine Aufwertung der Sozialen Berufe sowie mehr, bessere und gebührenfreie Kita-Plätze.

Mein Tagebuch



Mit meinen Bundestagskolleg*innen aus dem Ruhrgebiet war ich beim WAZ-Gespräch. Wir haben u.a. über unsere Kernpunkte des Koalitionsvertrages gesprochen. Die SPD möchte konkrete Fortschritte für unser Ruhrgebiet erreichen - zum Beispiel mit dem Sozialen Arbeitsmarkt.

Als Parlamentarische Geschäftsführerin bin ich u.a. zuständig für die ehemaligen Abgeordneten unserer SPD. Einmal im Jahr laden wir alle zum

Empfang ein, am Dienstag war es wieder soweit und meine ehemalige Kollegin Gabriele Groneberg hat auch mit 63 (!) Jahren ihren Humor nicht verloren: „Danke für das schöne Buffet, Bärbel. Keine Sorge, das wird nicht teuer. Wir Alten essen nicht mehr viel.“

Das 3. FragdieBas-Antwortvideo ist jetzt online auf www.baerbelbas.de. Weitere Fragen sind immer willkommen, alles ist erlaubt.

Die SPD ist die einzige Bundestagsfraktion, die als „familienfreundlicher Arbeitgeber“ zertifiziert ist. Das ist auch eine Option für die Bundestagsverwaltung, ich habe bei einem Gespräch die Hausleitung ermuntert: „Seien Sie mutig, Herr Direktor.“



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf!

Impressum: V.i.S.d.P.: Bärbel Bas, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. : 030 / 227 75607 - Fax: 030 / 227 76607

baerbel.bas@bundestag.de / www.baerbelbas.de